

N-13631 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

△  
B M  
W F  
▽

GZ 10.001/57-Pr/1c/94

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER  
Parlament  
1017 Wien

6181/AB  
1994-05-10  
zu 6241/W

MINORITENPLATZ 5  
A-1014 WIEN  
TELEFON  
(0222) 531 20-0  
DVR 0000 175

Wien, 9. Mai 1994

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 6241/J-NR/1994, betreffend Arbeit der Temelin-Delegation in den USA, die die Abgeordneten LANGTHALER, ANSCHÖBER und Freunde am 10. März 1994 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Wie stehen Sie zu der Forderung des Bundeskanzlers nach einem AKW-freien Mitteleuropa?

Antwort:

Laut ihrem Arbeitsübereinkommen über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung sind die Regierungsparteien übereingekommen, eine Schrittmacherfunktion bei der Schaffung eines AKW-freien Mitteleuropas einzunehmen. Gerade in den letzten Tagen hat der Handelsausschuß des Parlaments eine neuerliche Aufforderung an die Bundesregierung gerichtet, nachdrücklich für ein AKW-freies Mitteleuropa einzutreten. Diese Zielsetzung bleibt daher Regierungspolitik.

2. War die nach Washington entsandte Delegation eine Regierungsdelegation und damit auch von der ÖVP gewünscht?

- 2 -

3. Wenn ja, weshalb bezeichneten Sie diese gegenüber der Presse als "Witzdelegation"?

Antwort:

Der Herr Bundeskanzler hat im Rahmen des Ministerrates darüber berichtet, daß er beabsichtigt, eine Expertendelegation zur Beratung und Information des für Finanzierungsprojekte der Exim-Bank zuständigen Ausschusses des US-Senats zu entsenden. Eine Beschlußfassung über die Entsendung der Delegation erfolgte nicht. Da die Zuständigkeit für Atomangelegenheiten beim Bundeskanzler ressortiert, war diese Delegation daher als eine Vertretung des zuständigen Fachressorts und nicht als Regierungsdelegation anzusehen. Eine Vertretung der österreichischen Interessen durch den zuständigen Ressortchef auf politischer Ebene erschien mir zum damaligen Zeitpunkt zweckmäßiger als die Entsendung einer Expertendelegation. Diese Meinung habe ich auch gegenüber dem Bundeskanzler vertreten und gegenüber der Presse erläutert. Das Wort "Witzdelegation" ist hiebei nicht gefallen.

4. Sind Sie der Meinung, daß für die Erreichung der österreichischen Forderung nach einem AKW-freien Mitteleuropa, die Arbeit österreichischer Universitätswissenschaftler und deren Institute notwendig ist?

5. Sollten Ihrer Meinung nach, die für ein AKW-freies Mitteleuropa sich einsetzenden Universitätswissenschaftler, stärker unterstützt werden?

Antwort:

Daß gerade diese Fragen von Abgeordneten der Grünen gestellt werden, ist einerseits verwunderlich andererseits sehr erfreulich. Bei Vorlage der jährlichen Berichte des BMWF über die Energieforschungs-Ausgaben in Österreich wurde von den Grünen immer wieder kritisiert, daß für "Atomforschung" Bundes-

- 3 -

finanzmittel zur Verfügung gestellt werden und dies, obwohl immer wieder ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß es sich hierbei nicht um "Atomforschung" sondern um Forschung auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes handelt. Zur Bearbeitung dieser heiklen Thematik sind nicht nur einige Wissenschaftler, die in Universitätsinstituten arbeiten, aufgerufen (siehe Begriff "Universitätswissenschaftler") sondern vielmehr auch alle Wissenschaftler in Forschungsinstituten wie z.B. ÖFZS, ÖAW etc.

Die Arbeit in- und ausländischer Wissenschaftler stellt eine wichtige Basis für die nachhaltige Vertretung der österreichischen Interessen durch die Bundesregierung dar, denn gerade auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes sind Erhaltung und ständige Erweiterung eines adäquaten Know-how und Potentials für die Beurteilung und Verfolgung von Vorgängen und möglichen Gefahren der Österreich umgebenden Atomreaktoren von ausschlaggebender Bedeutung. Nur bei Kenntnis aller Möglichkeiten und Optionen kann die Politik, unterstützt von der Wissenschaft, für die Erfüllung der Forderung nach einem AKW-freien Mitteleuropa entsprechende Empfehlungen und Maßnahmen setzen.

6. Welche Universitätsinstitute beschäftigen sich derzeit mit dem Ziel ein AKW-freies Mitteleuropa zu erreichen?
7. Die Universität Wien hat im Rahmen des Senatsprojektes "Nukleare Sicherheit" die Bundesregierung schon mehrfach (Krsko, Dukovany, Temelin) mit wertvollen Unterlagen und Expertisen in ihrer Politik "kernenergiefreies Mitteleuropa" unterstützt. Auch in nächster Zeit wird die Bundesregierung auf die Expertise der Universität zurückgreifen müssen (Mochovce). Wie werden Sie, nachdem sich damit die Sinnhaftigkeit des Vorschlages der Universität, ein einschlä-

- 4 -

giges interdisziplinäres Senatsinstitut einrichten zu wollen, erwiesen hat, den Rektor der Universität Wien in seinen Bemühungen die infrastrukturellen Notwendigkeiten zu schaffen, unterstützen?

Antwort:

Universitätsinstitute, zu deren ständigen Aufgaben in Forschung und Lehre die Entfaltung von Aktivitäten für ein AKW-freies Mitteleuropa zählt, bestehen nicht. Es handelt sich hier nicht um eine technisch-naturwissenschaftliche Frage, sondern um eine politische Forderung.

Es ist zutreffend, daß der Akademische Senat der Universität Wien am 19. März 1992 beantragt hat, an der Universität Wien eine besondere Universitätseinrichtung gemäß § 83 UOG mit der Bezeichnung "Forschungszentrum für Nukleare Sicherheit" einzurichten. Ich konnte mich aus folgenden Erwägungen nicht entschließen, diesem Antrag stattzugeben:

Fragen der nuklearen Sicherheit fallen in den Aufgabenbereich der Energie-Verwertungs-Agentur (EVA), für die seitens der öffentlichen Hand bereits beträchtliche Mittel aufgewendet werden. Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Ao.Univ.Prof. Dr. Manfred Heindler, TU Graz, für die Wahrnehmung der Funktion eines Geschäftsführers der EVA freigestellt, wodurch sich eine Verbindung zwischen der EVA und der Wissenschaft ergibt. Überdies war angesichts der relativ knappen Mittel für den Universitätsbereich kaum Spielraum für die Schaffung neuer Universitätseinrichtungen gegeben. Insbesondere war auch für den angemeldeten Personalbedarf (mindestens sechs Stellen wurden genannt) keine Bedeckung gegeben.

Die Universität Wien verfolgt - soweit mir bekannt ist - die hier anfallenden Fragen im Rahmen von Arbeitsgruppen und For-

- 5 -

schungsprojekten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß sich das Atominstitut der Österreichischen Universitäten bereits seit Jahren auch mit Problemen der Reaktortechnik und Reaktorsicherheit befaßt.

**8. Was halten Sie persönlich von der Nachrüstung alter Ostreaktoren mit westlicher Sicherheitstechnik?**

Antwort:

Bezüglich der Nachrüstung von Atomreaktoren aus der ehemaligen UdSSR und des Ostblockes mit westlicher Sicherheitstechnik muß man klar unterscheiden zwischen

- bereits laufenden und
- in Bau befindlichen Reaktoren; sowie zwischen
- VVER (Wassermoderierten Reaktoren) und
- RBMK (Grafitmoderierten Reaktoren).

RBMK sind inhärent unsicher und die "Nachrüstung auf westliches Sicherheitsniveau" kaum finanzierbar und technisch nicht möglich. Hierbei ist in bezug auf die folgenden Ausführungen zu beachten, daß auch das sogenannte "westliche Sicherheitsniveau" unterschiedliche Qualität aufweisen kann.

Laufende VVER zu sanieren ist zwar prinzipiell möglich, scheitert aber meistens an Kostengründen. Dies bedeutet, daß die Nachrüstung derartiger Reaktoren meist nur dann sinnvoll ist, wenn damit kurze Zeiträume bis zu einer Stilllegung überbrückt werden.

Bei in Bau befindlichen VVER ist eine Nachrüstung auf sogenanntes westliches Sicherheitsniveau zwar prinzipiell, in der Praxis jedoch nur in beschränktem Umfange möglich, wobei jedoch folgende Bedingungen zu erfüllen wären:

- 6 -

1. Es wäre der Nachweis zu erbringen, daß das westliche Sicherheitsniveau wirklich erreichbar ist, und zwar des gesamten Reaktors und nicht, wie bei Temelin befürchtet, nur des vom Westen gelieferten Teils.
  2. Es sollten für einen derart "aufgerüsteten" Reaktor Umweltverträglichkeitsprüfungen nach westlichen Standards und neuerliche Genehmigungsverfahren auf Basis des geänderten bzw. ergänzten technischen Konzeptes durchgeführt werden.
  3. Es wäre der Nachweis zu erbringen, daß die nukleare Fertigstellung die Least-Cost-Option und einzige vertretbare Energieversorgungsoption ist. Die entsprechenden Unterlagen dazu sollten für eine öffentliche Diskussion vorgelegt werden.
9. Welche Aktivitäten haben Sie bisher persönlich gesetzt, um ein AKW-freies Mitteleuropa zu realisieren?
10. Was haben Sie bisher, als Mitglied der Bundesregierung und Vizekanzler gegen die Fertigstellung von Temelin gesetzt?

Antwort:

Ich stehe selbstverständlich zu den Bemühungen der Bundesregierung auf Basis des Regierungsübereinkommens für ein AKW-freies Mitteleuropa. Ich habe daher bisher auch alle Aktivitäten des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Außenministers und der Frau Umweltministerin in diesen Fragen unterstützt. Im Zusammenhang mit der geplanten Fertigstellung von Temelin habe ich meine zahlreichen Kontakte zu Regierungsmitgliedern der tschechischen Republik stets auch dazu benützt, diese Frage anzusprechen und für einen Umstieg auf alternative Energiequellen zu werben. Hierbei haben meine Gesprächspartner grundsätzliches Verständnis für die österreichische Haltung gezeigt, aber darauf hingewiesen, daß die tschechische Regierung kurz- und mittelfristig

- 7 -

keine andere Alternative sähe, als Temelin fertigzustellen, um die seit Jahrzehnten höchst krankheitsgefährdenden und den europäischen Luftraum weit über die tschechischen Grenzen hinaus schwer belastenden Braunkohlekraftwerke stilllegen zu können. Als Gegner der Energiegewinnung durch Atomkraft werde ich mich auch weiterhin für die Schaffung eines AKW-freien Mitteleuropas einsetzen.

Der Bundesminister:

